

11.05.2020: Schließung von Westfleisch – eine Niederlage!

Am Freitag, 08.05. wurde durch Anordnung der Landesregierung der Westfleisch-Standort in Coesfeld geschlossen. Die Landesregierung sah sich zu dieser durchgreifenden Maßnahme gezwungen, weil die örtlichen Behörden offenkundig nicht in der Lage waren, die Ausbreitung des Covid-19-Virus, ausgehend vom Westfleisch-Schlachthof einzuhegen. Inzwischen werden über 250 infizierte Westfleisch-MitarbeiterInnen gezählt. Unsere besten Genesungswünsche gelten daher zunächst ihnen, wir wünschen ihnen, dass ihre Erkrankungen einen milden Verlauf nehmen und sie bald wieder genesen.

Die Menschen in Coesfeld und Umgebung haben diszipliniert die coronabedingten Freiheitsbeschränkungen angenommen, um möglichst bald den Lock-down zu überwinden. Örtliche Unternehmen mussten schließen oder konnten ihren Geschäftsbetrieb nur unter Einschränkungen und Auflagen weiterführen. Damit die Infektionsketten unterbrochen, die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen geschützt und aber dennoch die wirtschaftliche Aktivitäten gesteigert werden können hat die Bundesregierung am 16.04. einen coronabezogenen Arbeitsschutzstandard festgelegt. Es zeichnet sich ab, dass die örtlichen Behörden zumindest bei dem Schlachthof der Fa. Westfleisch ihren wichtigen Kontroll- aber auch Beratungsaufgaben nicht in angemessener und erforderlicher Weise nachgekommen sind. Hierfür sind der Bürgermeister und der Landrat verantwortlich. Es ist der Eindruck entstanden, dass beide nicht das erforderliche Rückgrat aufgewiesen haben, um mit dem Big-Player Westfleisch und der Landwirtschaft – als Westfleischzulieferer – in den erforderlichen Konflikt zu gehen.

Die Einordnung der großen Schlachthöfe als „systemrelevant“ führt zu einem Schutzstatus, damit unlösbar verbunden ist aber auch eine Verantwortung der Unternehmen. Wenn diese Betriebe so wichtig für die einen bestimmten Wirtschaftskreislauf sind, dann haben sie auch die Verpflichtung, alles Erforderliche zu tun, um die betrieblichen Abläufe aufrecht zu erhalten. Das ist der Fa. Westfleisch am Standort Coesfeld offenkundig nicht gelungen. Die aktuellen Corona-Infektionen in der Westfleisch-Belegschaft sprechen auch den vollmundigen Bekenntnissen zur Fürsorge Hohn, wie sie im Leitbild der Fa. Westfleisch formuliert sind.

Die Fa. Westfleisch bewegt sich als industrieller Großschlachtbetrieb in einem umkämpften Marktumfeld. Das Unternehmen sucht stets nach neuen Wegen, um im internationalen Preiswettkampf zu bestehen. Entstanden ist ein umstrittenes Geschäftsmodell, das im Kern auf osteuropäische Arbeitskräften basiert, die zu niedrigsten Löhnen und unter fragwürdigen Lebensumständen befristet ihrer Arbeit in den Schlachtbetrieben nachgehen. Da dieses Geschäftsmodell in Deutschland, aber auch in den USA, so umgesetzt wird, ist es bereits in anderen Schlachthöfen zu dramatischen Häufungen von Corona-Infektionen, verbunden mit Werksschließungen gekommen. Der Fall in Coesfeld ist also kein Einzelfall, er

ist nur der aktuellste. Es ist daher Aufgabe der Politik, im gesamten Marktumfeld der Fleischproduktion für Rahmenbedingungen zu sorgen, dass der Preiskampf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer*innen oder Verbraucher*innen ausgetragen wird.

Zugleich ist zu bedenken, dass neben der Fleischwirtschaft und der Landwirtschaft (Erntehelfer) auch weitere Branchen, wie die Bauindustrie, der industrialisierte Gartenbau aber auch die Nagelstudios, seit Jahren durch Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen aufgefallen sind. Auch diese Wirtschaftszweige sind unbedingt kurzfristig in die Corona-Schutzmaßnahmen einzubeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – OV Coesfeld

Sarah Albertz

Norbert Vogelpohl